



Soziales

Nur gemeinsam gegen Wohnungslosigkeit Seite 14

KVJS

**MPD: Gleichbleibend
hohe Qualität**

Seite 9

Inklusion

**EAA: Positive
erste Bilanz**

Seite 20

Fortbildung

**Für den Ernstfall
gewappnet**

Seite 29

Impressum

KVJS Aktuell
November 2024

Herausgeber:
Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg
Öffentlichkeitsarbeit

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
www.kvjs.de

V.i.S.d.P.: Sima Arman-Beck

Projektmanagement: Monika Kleusch

Redaktion: Sima Arman-Beck, Julia Holzwarth,
Monika Kleusch, Ulrike von Siegroth

Mit Beiträgen von: Andrea Keller

Titelfoto: © Ralf Geithe - stock.adobe.com

Layout: www.mees-zacke.de

Bestellungen und Adressänderungen:
Telefon 0711 6375-208, publikationen@kvjs.de

Druck: Hausdruckerei KVJS

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

Inhalt

KVJS

- 4 Wie geht Quartier? Lösungen zur Verbesserung der Lebensqualität
- 6 Neue Podcastfolgen: „Radikalisierung im Alter“ und „Letzte Hilfe“
- 6 Fachtag der Ombudschaft Baden-Württemberg
- 7 Austausch zur Zukunft von Wohngemeinschaften
- 8 Stabwechsel im Inklusions- und Integrationsamt
- 9 MPD: Gleichbleibend hohe Qualität
- 10 25 Jahre Medizinisch-Pädagogischer Dienst

SOZIALES

- 12 Neue Rahmenverträge im SGB XI
- 13 Neufassung des BEI_BW veröffentlicht
- 13 SGB IX: Austausch zum Landesrahmenvertrag
- 14 Nur gemeinsam gegen Wohnungslosigkeit
- 16 **Zwei Jahre reformiertes Betreuungsrecht – #4 Aus der Reihe: Betreuungsrecht**

INKLUSION

- 20 EAA: Positive erste Bilanz
- 22 Der Job-Coach im Handy
- 24 Zur Nachahmung empfohlen: Das SBV-Netzwerk im Landkreis Lörrach

JUGEND

- 26 KiTas: Zwischenbilanz zum Erprobungsparagrafen
- 27 Erfolgreiches Teamwork: Jugendhilfe und Polizei
- 27 Kindeswohl: KVJS-Expertise gefragt
- 28 Kindertagespflegepersonen dringend gesucht

FORTBILDUNG

- 29 Für den Ernstfall gewappnet dank Krisenplan
- 30 KVJS-Fortbildung: Programm für 2025 steht

NEU ERSCHIENEN

- 31 Neu erschienen
- 31 Digitalmagazin ZB

QUARTIERS AKADEMIE

Wie geht Quartier?

Gemeinsam Lösungen zur Verbesserung der Lebensqualität entwickeln

Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung für gute Quartiers- oder Ortsentwicklung gibt es zwar nicht. Aber es gibt viel Expertise, von der Kommunen und Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg in Form von Fortbildungen profitieren können.



Regel Austausch im Ideencafé. Foto: © Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.

Wie kommen wir zum Ziel? Dieser Frage haben sich auch die Akteure der Stadt Leutkirch im Allgäu gestellt. Mit ihrem Projekt „Generationsdialog Leutkirch“ möchte sie die Lebensbedingungen der unterschiedlichen Altersgruppen verbessern. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Zielgruppe der älteren Generation. Wie lassen sich gute Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung schaffen? Wer soll mit ins Boot geholt werden? Wie lässt sich herausfinden, was sich die Menschen vor Ort wünschen?

Wie entwickelt man gemeinsame Ziele? Wie setzt man diese mit langfristigem Erfolg um?

Fortbildung als Auftakt

Zu Beginn des Prozesses haben die Mitarbeitenden der Stadt und der Kooperationspartner aus der Zivilgesellschaft eine Inhouse-Schulung für sich organisiert. Dafür haben sie von der Quartiersakademie eine finanzielle Förderung sowie eine Beratung zur Organisation erhalten.

In der Fortbildung haben sie die Grundlagen der Quartiersentwicklung kennengelernt. „Es ist uns mit ihrer Hilfe gelungen, einen Stein ins Rollen zu bringen!“ so das Resümee einer Mitarbeiterin der Stadt. Nach diesem Auftakt wurde eine gemeinsame Strategie entwickelt und erfolgreich ein Antrag gestellt für das Projekt „Quartiersimpulse“ der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten.“

Die Umsetzung

Seit Herbst 2023 setzt Leutkirch das Projekt gemeinsam mit der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. um. Vier Themenbereiche werden in den Blick genommen: Begegnung, Ehrenamt, Wohnen und Pflege. Ein wichtiger Baustein ist das offene Ideencafé im Begegnungszentrum „Sonnentreff“, in dem sich alle Interessierten einmal im Monat über ihre Ideen und Erfahrungen austauschen. Für die Koordination des Gesamtprojekts hat sich eine Steuerungsgruppe gebildet. In enger Zusammenarbeit stehen die Gemeinwesenarbeit & Quartiersentwicklung, die Seniorenberatungsstelle Herz und Gemüt der Stadt Leutkirch, das Kinder- und Familienzentrum St. Vincent, das Landratsamt Ravensburg mit dem Pflegestützpunkt Leutkirch, die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. und das Familienbündnis Leutkirch.

Wissen für den Weg

Für das nötige Wissen sorgt die Quartiersakademie mit ihrem breiten Angebot an Fortbildungen. „Gerade habe ich an einer Fortbildung teilgenommen, bei der es darum ging, wie man im Quartier professionell mit dem gesellschaftlichen Wandel umgehen kann. Dabei habe ich neue Ideen gewonnen, wie ich die verschiedenen Zielgruppen im Quartier gut ansprechen kann“, freut sich Doreen Manuele, seit Anfang dieses Jahres zuständig für Gemeinwesenarbeit und Quartiersentwicklung bei der Stadt. „Außerdem finde ich es gut, wenn ich mich mit Kollegen aus anderen Teilen Baden-Württembergs austauschen kann. Für die nächste Fortbildung zum Thema Beteiligung und Teilhabe habe ich mich schon angemeldet.“

Andrea Keller / Monika Kleusch

Unser Angebot für Sie

Wenn Sie sich informieren möchten, welche Fortbildung Sie und Ihre Mitstreiter in Sachen Quartier weiterbringen kann, wenden Sie sich gerne an die Quartiersakademie Baden-Württemberg. Hier erhalten Sie eine individuelle Beratung zum Fortbildungsangebot. Außerdem können Sie eine finanzielle Förderung für Fortbildungen beantragen. Weitere Informationen finden Sie hier:

www.quartiersakademie.de



Zwei Beispiele aus dem aktuellen Angebot der Quartiersakademie:

1. Modulpaket „Einstieg in die Quartiersarbeit“
2. Inhouse-Schulung von Bildungsfachkräften des Annelie-Wellensiek-Zentrums für Inklusive Bildung zum Thema „Wie können Kommunen Menschen mit Behinderung motivieren, sich aktiv an der Gestaltung von Strukturen und Angeboten im Quartier zu beteiligen?“

INFO

Die Quartiersakademie ist Teil der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten.“ und wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg aus Mitteln finanziert, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat. Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie ist angesiedelt beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg.

www.quartiersakademie.de
www.quartier2030-bw.de
www.kvjs.de



„Radikalisierung im Alter“ und „Letzte Hilfe“ Neue Podcastfolgen der Quartiersakademie

Extremistische Einstellungen gibt es nicht nur bei jungen Menschen. Allerdings ist das Thema „Radikalisierung im Alter“ bisher nicht gut erforscht. In Folge 25 des Podcasts „KnowIAGE“ werden die neuesten Erkenntnisse dazu vorgestellt. Zudem geht es darum, wie man hier im Rahmen von Quartiersentwicklung präventiv wirken kann.

Die Folge 26 beschäftigt sich mit dem Thema „Letzte Hilfe“. Diese beleuchtet die Frage der Versorgung und Begleitung von Sterbenden im Quartier. Gesprächspartner ist Boris Knopf, Fachkrankenpfleger, Gesundheitsnetzwerker und Spezialist für Palliative Care. Er hat das Würdezentrum in Frankfurt a. M. sowie die „Letzte Hilfe Deutschland“ mitbegründet.

Die neuesten Expertentalks der Quartiersakademie widmen sich den Themen Sozialraumorientierung und Partizipation. Sie erhalten hier in jeweils einer halben Stunde von Expertinnen einen Einblick in zwei zentrale Themenfelder der Quartiersentwicklung.

Sie finden diese und weitere Podcastfolgen, Expertentalks sowie Informationsmaterial zu diesen Themen auf folgender Webseite der Quartiersakademie beim KVJS:

www.quartiersakademie.de/materialien-downloads-und-literatur/



Andrea Keller

Fachtag der Ombudschaft Baden-Württemberg

Seit vier Jahren begleitet und unterstützt die Ombudschaft bei Konflikten in der Kinder- und Jugendhilfe. Das seinerzeit vom Land eingerichtete Ombudssystem ist organisatorisch beim KVJS verortet. „Das gemeinsame Ziel von Sozialministerium und KVJS, dass die Ombudschaft von Baden-Württemberg inhaltlich unabhängig und weisungsfrei arbeiten kann, wurde konsequent umgesetzt“, zieht Verbandsdirektorin Kristin Schwarz eine positive Bilanz. Anlass war der erste Fachtag der Ombudschaft Baden-Württemberg in Stuttgart. „Über 2.000 Beratungsvorgänge wurden mittlerweile vom Team durchgeführt und von Jahr zu Jahr stieg das Fallaufkommen an“, betonte Landesombudsfrau Dr. Sonja Kuhn zu Beginn der Tagung, zu der auch Staatssekretärin Dr. Ute Leidig vom Sozialministerium die Teilnehmer begrüßte.

„Ombudschaft und Pflegekinderhilfe“ – unter diesem Motto beleuchtete die Veranstaltung

Erkenntnisse, Schnittstellen und Perspektiven und setzte Impulse für die Zusammenarbeit. Den Vorträgen folgten Workshops, die unter anderem die Themen Zugänge und Schutzkonzepte, Beteiligung von Pflegekindern sowie Partizipation, Beratung und Unterstützung von leiblichen Eltern in den Fokus rückten.

Ulrike von Siegroth



Der erste Fachtag der Ombudschaft Baden-Württemberg versammelte seine Teilnehmer in der Sängerkirche Stuttgart-Untertürkheim. Foto: © Renke Jahn / Landesombudsstelle

Austausch zur Zukunft von Wohngemeinschaften



Frank Stahl, Stellvertretender KVJS-Verbandsdirektor, begrüßte die Gäste der FaWo-Fachtagung. Foto: © Lina Wallus

Die Fachstelle ambulant unterstützte Wohnformen (FaWo) begleitet seit nunmehr zehn Jahren aktiv den Auf- und Ausbau innovativer Wohnformen für Menschen mit Behinderungen oder Pflege- und Unterstützungsbedarf. Angesiedelt beim KVJS, bietet die Fachstelle kompetente und neutrale Beratung und Information. Der kürzlich veranstaltete Fachtag diente einer Standortbestimmung und richtete den Blick nach vorn: Unter dem Titel „WGs brauchen Zukunft. Zukunft braucht WGs!“ kamen rund 200 Gäste in Stuttgart zusammen. „Gerade in Zeiten, in denen soziale Isolation mehr und mehr um sich greift, sind Wohngemeinschaften ein Symbol für das, was uns als Gesellschaft stark macht: das Miteinander“, begrüßte der Stellvertretende KVJS-Verbandsdirektor Frank Stahl die Teilnehmer. „Insgesamt betrachtet können Wohngemeinschaften dazu beitragen, dem demografischen Wandel und der steigenden Nachfrage vor Ort mit differenzierten Angeboten besser zu begegnen“,

unterstrich Stahl die Chancen, bevor Manne Lucha, Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, die Bedeutung ambulant betreuter Wohngemeinschaften im Quartier in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte. Darüber hinaus lieferten Vorträge weitere informative Impulse, etwa zur Rolle von WGs in einer zukunftsfähigen Wohn- und Versorgungslandschaft. Abschließend bot die Veranstaltung Gelegenheit zum fachlichen Austausch der Teilnehmer.

Ulrike von Siegroth

INFO

Informationen rund um das Beratungs- und Serviceangebot der Fachstelle ambulant unterstützte Wohnformen finden Sie online unter:

www.fawo-bw.de



Stabwechsel im Inklusions- und Integrationsamt

Androniki Petsos übernimmt von Berthold Deusch

Die neue Dezernentin des Inklusions- und Integrationsamts ist seit dem 1. November 2024 Androniki Petsos. Ihr Vorgänger Berthold Deusch wurde Ende Oktober in den Ruhestand verabschiedet.



Foto: © Photobuddies

Androniki Petsos, bisher Dezernentin für Jugend und Soziales beim Landratsamt Heilbronn, hat zum 1. November 2024 die Nachfolge von Dezernatsleiter Berthold Deusch beim Inklusions- und Integrationsamt angetreten.

Petsos arbeitete bereits in der Vergangenheit mehrere Jahre beim Integrationsamt, damals noch beim Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern. Später leitete sie den Personalbereich des Verbandes. Beim KVJS engagierte sie sich im Forschungsbeirat des KVJS und hat in dieser Funktion das Forschungsvorhaben „Arbeit

115 Mitarbeitende, drei Standorte

Das Inklusions- und Integrationsamt verfügt derzeit über 115 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es hat seinen Hauptsitz in Karlsruhe und einen Nebensitz am KVJS-Standort Stuttgart. In Freiburg unterhält es ein Regionalbüro.



Foto: © Thomas Brenner

Inklusiv“ des KVJS-Inklusions- und Integrationsamtes begleitet.

Initiator von Arbeit Inklusiv

Mit Berthold Deusch geht ein seit vielen Jahren bundesweit anerkannter Experte für die inklusive Teilhabe am Arbeitsleben in den Ruhestand. Mit dem von ihm maßgeblich entwickelten Programm „Arbeit Inklusiv“ des KVJS und seiner Partner konnte seit 2005 rund 6.000 besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen der Weg auf den allgemeinen Arbeitsmarkt geebnet werden. Deusch war auch an der Ausarbeitung und der Umsetzung des Landesrahmenvertrages SGB IX beteiligt.

Berthold Deusch war lange Jahre Leiter des Referats Teilhabe am Arbeitsleben, zuständig für die baden-württembergischen Integrationsfachdienste und Arbeitsmarktprogramme. Von August 2022 bis Juli 2023 führte er zusätzlich zunächst stellvertretend, dann kommissarisch das KVJS-Inklusions- und Integrationsamt. Zuletzt war er dessen Dezernent.

Monika Kleusch

MPD: Gleichbleibend hohe Qualität

Medizinisch-Pädagogischer Dienst erfolgreich re-zertifiziert

Seit der ersten Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 im Jahr 2012 hat der Fachdienst des KVJS nun zum vierten Mal erfolgreich das Verfahren zur Re-Zertifizierung durchlaufen. Qualitätsmanagement wird beim MPD groß geschrieben.

Alle drei Jahre kommt es zur Re-Zertifizierung auf den Prüfstand: Das Qualitätsmanagementsystem des MPD. Interne Prozesse und Abläufe wurden vom Stuttgarter Zertifizierungs- und Prüfungsinstitut für Soziales, Gesundheit und Bildung ZertSozial gründlich unter die Lupe genommen. Es führt zudem jährliche Überwachungsaudits durch. Zusätzlich gibt es interne Audits. „Für unsere Kunden ist es wichtig, dass wir zertifiziert sind und gleichbleibend hohe Qualität garantieren können“, macht Alina Greiner, stellvertretende Leiterin des MPD, deutlich.

„Der Zertifizierungsprozess soll Abläufe besser machen und so die Kundenzufriedenheit gewährleisten“, erklärt Michael Pfisterer. Der frühere Leiter einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen ist seit 2021 Mitarbeiter des MPD und hat sich für das Qualitätsmanagement (QM) weiterqualifiziert. Gemeinsam mit der internen QM-Arbeitsgruppe des MPD sorgt er dafür, dass auf Änderungen in den Verfahrensanweisungen schnell reagiert wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen so die jeweils aktuellen Grundlagen für ihre Arbeit.

Elektronisches QM-Handbuch

„Wir haben unser QM-Handbuch im Juni digital neu aufgestellt“, so Alina Greiner zu den neuen Entwicklungen im Qualitätsmanagement. Im Gegensatz zum bisherigen QM-Handbuch, welches über 100 Seiten umfasste und nur in gedruckter Fassung vorlag, ist die neue und digitale Version deutlich benutzerfreundlicher.

„Qualitätsmanagement ist ein Prozess, der ständig überprüft und auf sich ändernde Anforderungen



Gemeinschaftswerk: Alina Greiner und Michael Pfisterer mit der neuen Urkunde.. Foto: © Selina Baumelt

angepasst werden muss“, weiß Michael Pfisterer. Und Alina Greiner bemerkt abschließend: „Unser Qualitätsmanagementsystem stellt sich auch in Zukunft dieser Herausforderung, denn wir wollen eine gleichbleibend hohe Qualität für unsere Kunden bieten! Mit Qualitätsmanagement ist man nie fertig.“

Monika Kleusch

Auszug aus dem Urkundentext

„ZertSozial GmbH Prüfungsdienstleister für Soziales, Gesundheit und Bildung bestätigt mit diesem Zertifikat dem KVJS, Medizinisch-Pädagogischer Dienst (MPD) ein eingeführtes und angewandtes Qualitätsmanagementsystem für den Anwendungsbereich Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Bedarfsermittlung, ärztliche, sonder- und pädagogische Stellungnahmen, Beratung zur Teilhabe und Fortbildungen im Rahmen des SGB IX, das die Forderungen der aktuellen DIN EN ISO 9001:2015 erfüllt.“

Medizinisch-Pädagogischer Dienst

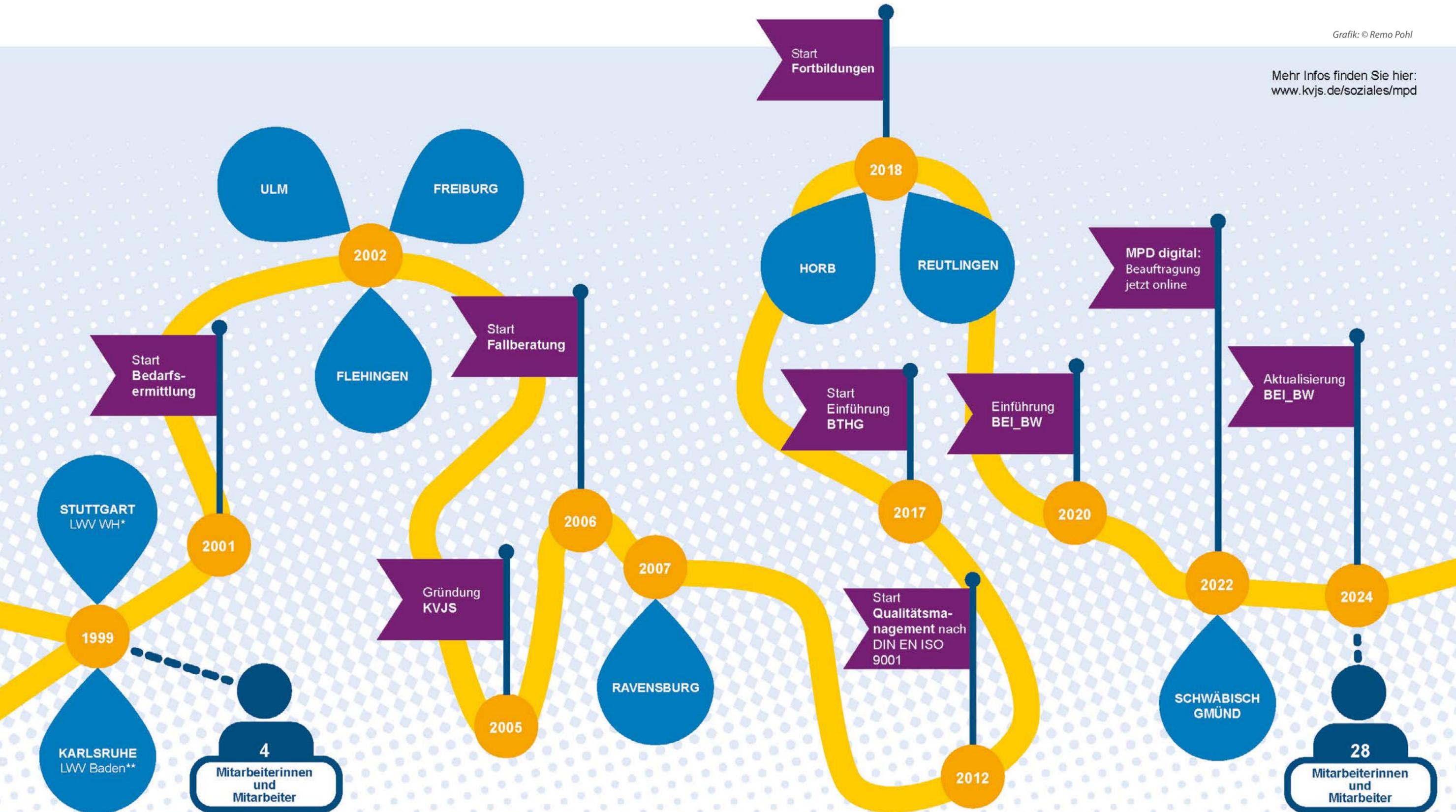
25 Jahre Kompetenz

1999 ging der Medizinisch-Pädagogische Dienst, kurz MPD, an den Start; damals bei den beiden Landeswohlfahrtsverbänden Baden und Württemberg-Hohenzollern. 25 Jahre später hat der anerkannte Partner der Eingliederungshilfe der Stadt- und Landkreise landesweit derzeit acht Standorte.

Im vergangenen Jahr wurde das multiprofessionelle Team des MPD vor allem mit Bedarfsermittlungen und pädagogischen Stellungnahmen beauftragt. 2024 wurde der MPD zum vierten Mal nach DIN EN ISO 9001 re-zertifiziert.

Grafik: © Remo Pohl

Mehr Infos finden Sie hier:
www.kvjs.de/soziales/mpd



* Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern
** Landeswohlfahrtsverband Baden

Neue Rahmenverträge im SGB XI

Erfolgreich zum gemeinsamen Abschluss

Lange haben sie gedauert, die Verhandlungen über neue Rahmenverträge für die vollstationäre Langzeitpflege und Kurzzeitpflege. Daniel Henninger vom KVJS saß von Anfang an mit am Tisch und setzte sich für die Interessen der 44 Stadt- und Landkreise ein.



Im Einsatz für Konsens und Kompromisse:
Daniel Henninger. Foto: © Julia Holzwarth

Am 20. September 2024 hat sich die Pflegeselbstverwaltung in Baden-Württemberg – das sind die Vertreter der Leistungserbringer, der Pflegekassen und der kommunalen Verbände – nach intensiven Verhandlungen auf neue Rahmenverträge im SGB XI geeinigt. Diese treten

am 1. Januar 2025 in Kraft. Daniel Henninger vom KVJS-Referat Vertragsrecht und Vergütungen hat sich als Verhandlungsführer der kommunalen Seite intensiv eingebracht. Die ersten Gespräche im Bereich der Kurzzeitpflege fanden bereits Ende 2017 statt und wurden zwischenzeitlich durch die Corona-Pandemie und Gesetzesreformen unterbrochen. Im Bereich der Dauerpflege begann man 2022 und auch hier erschwerten Gesetzesreformen den Prozess. Auch die Verhandlungen selbst, so Henninger, seien herausfordernd gewesen: „Unterschiede in den einzelnen Positionen der Leistungserbringer- und Leistungsträgerverbände konnten letztlich nur durch sehr lange und intensive Verhandlungen in Kompromisse überführt werden“. Dabei habe insbesondere das Einrichten einer Sondierungsrunde geholfen: „Darin wurde offener und direkter kommuniziert, was deutlich zur Lösung der Konflikte beigetragen hat“.

Die nun beschlossenen Rahmenverträge tragen den neuen gesetzlichen Vorgaben sowie den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung.

„Dadurch wird wieder eine Kongruenz zwischen Leistungsinhalten und Personalausstattung hergestellt“, fasst Henninger zusammen, der seit knapp zehn Jahren als Verhandler beim KVJS tätig ist und seit 2021 den Bereich SGB XI fachlich verantwortet. Ein weiterer zentraler Aspekt: Die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung wurde gewahrt.

Sicherung der Versorgungsqualität

Die Rahmenverträge weisen einige Verbesserungen auf: Zum einen wird der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff berücksichtigt. „Damit erhalten die Bewohner vollstationärer Einrichtungen eine moderne Pflege, die den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen entspricht“, betont Daniel Henninger. Zum anderen verpflichtet der neue Rahmenvertrag vollstationäre Dauerpflegeeinrichtungen künftig zur Einführung eines neuen Personalbemessungssystems (PeBeM). Dieses soll einen gezielteren Einsatz von Fachkräften ermöglichen, die von weiteren Kräften mit unterschiedlichen Qualifizierungsniveaus unterstützt werden. Mit dem neuen Rahmenvertrag für die Kurzzeitpflege wird angestrebt, diesen Bereich personell zu stärken und zu flexibilisieren und damit zu einem weiteren Ausbau der dringend benötigten Kurzzeitpflegeplätze beizutragen. Mit einem größeren und kontinuierlicheren Personalbestand für Pflege, Hauswirtschaft und Koordination kann zukünftig den gestiegenen Anforderungen, die mit der kurzen Verweildauer einhergehen, begegnet werden. „Insgesamt konnten gute Ergebnisse erzielt werden, was natürlich auch Kompromisse auf beiden Seiten bedeutet hat“, resümiert Henninger.

Julia Holzwarth / Pressemitteilung Pflegeselbstverwaltung Baden-Württemberg

Neufassung des BEI_BW veröffentlicht

Das Sozialministerium hat am 17. September 2024 eine überarbeitete Fassung des Bedarfsermittlungsinstrumentes BEI_BW veröffentlicht. Diese ist spätestens ab dem 1. Januar 2025 anzuwenden. Zusammenfassend ist das Instrument durch eine Straffung und strukturelle Anpassung der Bögen im Aufbau übersichtlicher und benutzerfreundlicher gestaltet. Den verantwortlichen Trägern der Eingliederungshilfe soll deutlich mehr Ermessen in der Anwendung eingeräumt werden. Das BEI_BW 2024 wurde insbesondere in einer Arbeitsgruppe zur Bedarfsermittlung im Rahmen eines konsensorientierten Beteiligungsprozesses überarbeitet und von den Trägern der Eingliederungshilfe erprobt. Die von der kommunalen Familie eingebrachten Verbesserungsvorschläge wurden vom Land überwiegend übernommen.

Zur Einführung der Neufassung ist eine Online-Veranstaltung geplant, die von Seiten des Sozialministeriums mit dem KVJS vorbereitet wird. Der Medizinisch-Pädagogische Dienst des KVJS bietet zudem Fortbildungen und kurzfristige Workshops im Rahmen der Vertiefungsseminare an.

Der KVJS überarbeitet darüber hinaus derzeit den Gesamt- und Teilhabeplan sowie die Orientierungshilfe zum Verfahren. „Unser Bestreben ist es, den Akteuren vor Ort eine effektivere Umsetzung der gesetzlichen Aufgabe zu ermöglichen. Dies kommt nicht nur den beteiligten Mitarbeitenden in den Stadt- und Landkreisen, sondern auch den Menschen mit Behinderung zugute“, unterstreicht KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz.

Stand: 18.10.2024 Julia Holzwarth

SGB IX: Austausch zum Landesrahmenvertrag

Das Dezernat Soziales veranstaltet regelmäßig Austauschrunden zur Umsetzung des Landesrahmenvertrags SGB IX. Zuletzt trafen sich am 26. September 2024 rund 90 Fach- und Führungskräfte aus den Kreisen. Die Fachleute des KVJS-Referats Vertragsrecht und Vergütungen informierten unter anderem über geeinte Beschlüsse hinsichtlich der sogenannten KdU (Kosten der Unterkunft). Darüber hinaus gaben sie einen Einblick in die Arbeitsgruppe, die sich mit den Regelungen zur Nichtinanspruchnahme vereinbarter Leistungen befasst. Sie informierten über offene Positionen, die noch einer Verständigung zwischen Leistungserbringer und Leistungsträger bedürfen. Die Beratung abgeschlossen hat inzwischen die AG „Kurzzeitwohnen“. Über entsprechende Beschlüsse der Vertragskommission wurde bereits per Rundschreiben informiert.

Thema waren auch Überlegungen der AG „Ad Hoc“. Diese sucht nach praktikablen Lösungen für den Umgang mit Vereinbarungen, die zum 31.12.2024 auslaufen. Der KVJS brachte den Vorschlag ein, verschiedene Einrichtungen, die denselben Träger oder Spitzenverband haben, zu bündeln, um hier Synergieeffekte zu schaffen und den bürokratischen Aufwand gering zu halten. Derzeit stimmen sich die Akteure ab, in welcher Form dies erfolgen und in der Praxis konkret ablaufen könnte.

Das Dezernat Soziales bietet eine Vielzahl an digitalen Plattformen an. Die Themen reichen von den verschiedenen Leistungs- und Vergütungssystematiken für besondere Wohnformen bis hin zur Hilfe zur Pflege. Die Kreise werden per Rundschreiben rechtzeitig über die Termine informiert. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Stand: 18.10.2024 Julia Holzwarth

Nur gemeinsam gegen Wohnungslosigkeit

Breites Spektrum an Akteuren bei Fachtag vertreten

Knapp 93.000 wohnungslose Menschen waren im Jahr 2024 hierzulande untergebracht. Darunter viele junge Erwachsene, Senioren und Familien. Drei besonders vulnerable Gruppen, die passgenaue Hilfen benötigen. Mit ihren Bedarfen beschäftigte sich ein Fachtag.

Die Veranstaltung stieß auf großes und breites Interesse: 180 Akteure der Wohnungsnotfallhilfe, darunter zahlreiche Leistungsträger und Leistungserbringer zu gleichen Teilen sowie Vertreter der Landesebene, des Ordnungsamtes, der Altenpflege und Flüchtlingshilfe trafen sich am 1. Oktober 2024 im Kolpinghaus Stuttgart. Im Mittelpunkt standen die aktuellen Ergebnisse einer Arbeitsgruppe der LAGÖFW (Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg). Unter enger Einbindung von Experten aus angrenzenden Rechtsgebieten erarbeitet diese seit 2012 Handlungsempfehlungen, die den Kommunen vor Ort als Arbeits- und Steuerungsgrundlage dienen. Auf dem Fachtag wurden die neuesten Empfehlungen vorgestellt. Sie befassen sich mit den besonderen Lebens- und Bedarfslagen von wohnungslosen jungen Erwachsenen, Familien sowie älteren und pflegebedürftigen Menschen (wir berichteten in Ausgabe 1/2023).

und Integration die harten Fakten auf den Tisch: Weit mehr als ein Drittel der zum Stichtag 1.1.2024 untergebrachten wohnungslosen Menschen ist unter 25 Jahre alt. Etwa jeder Zehnte ist 60 Jahre und älter. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Untergebrachten insgesamt um mehr als 20 Prozent gestiegen (Quelle: Statistisches Bundesamt). Darüber hinaus ist von einer hohen Dunkelziffer wohnungsloser Menschen auszugehen. Eine alarmierende Entwicklung. Um Unterstützungsangebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, ist eine enge Zusammenarbeit aller Akteure notwendig. Dies betonten die LAGÖFW-Vorsitzende Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock, Direktorin Caritasverband Diözese Rottenburg-Stuttgart, sowie ihre Stellvertreterin und KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. Die Verbandsdirektorin: „Das gesamte Hilfesystem kann nur dann zielgerichtet agieren, die vorhandenen Ressourcen können nur dann effizient genutzt werden, wenn wir unsere Kräfte und unser Know-how bündeln – und zwar rechtskreisübergreifend und auf allen Ebenen. Das ist aus meiner Sicht auch das Besondere an den Handlungsempfehlungen: Sie sind Ausdruck eines ressort- und sozialgesetzbuchübergreifenden Verständnisses von integrierter Sozialplanung und Leistungsgewährung“.

Intensive Workshops

Es gibt viele Beispiele dafür, wie eine gute Zusammenarbeit die Situation von Menschen in Wohnungsnot verbessern kann. Einige davon wurden am Fachtag in Workshops vorgestellt. Zentrale Anregungen aus den Handlungsempfehlungen wurden ebenfalls besprochen. So diskutierten die Akteure über die Möglichkeit, Kooperationen mit anderen Kommunen einzugehen, um auch in ländlichen Regionen flächendeckend möglichst individuelle Beratungsangebote



Kristin Schwarz (links) und Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock sprechen auf dem Podium über Herausforderungen in der Wohnungsnotfallhilfe. Foto: © Julia Holzwarth

Immer mehr Menschen ohne eigene Wohnung

In seiner Begrüßung legte Ministerialrat Walter Böttiger vom Ministerium für Soziales, Gesundheit



Foto: © Ralf Geithe - stock.adobe.com

zur Verfügung stellen zu können. Ein weiterer Workshop befasste sich mit der steigenden Zahl älterer und pflegebedürftiger Wohnungsloser und deren Bedürfnissen. Diese Entwicklung hat zu räumlichen Anpassungen in den Unterkünften und zu neuen Projekten geführt. Sie setzen insbesondere auf aufsuchende Sozialarbeit in gemeinsamer Verantwortung von Altenhilfe und Wohnungsnotfallhilfe. Ein zentrales Ziel ist dabei die Anbindung der Betroffenen an die medizinische Versorgung des Regelsystems. Im Workshop entwickelten die Teilnehmer auch eine Idee für ein potenzielles Modellprojekt: Pflege-WGs für Wohnungslose.

Großer Wohnraumangel

Fehlender bezahlbarer Wohnraum wurde in allen Arbeitsgruppen als zentrale Herausforderung genannt. Besonders deutlich wurde diese Problematik in dem Workshop, der sich mit wohnungslosen Familien beschäftigte. „Familien brauchen eine Perspektive – das heißt: eine eigene Wohnung mit abschließbarer Tür. Wenn ihnen diese Perspektive erst gegeben wird und dann wieder genommen werden muss, macht das etwas mit ihnen: Sie verlieren die Hoffnung“, schilderte ein Teilnehmer seine Erfahrungen. Da es schwieriger sei, eine neue Wohnung zu finden, als eine bestehende zu sichern, seien niedrigschwellige Sozialarbeit, präventive Maßnahmen und Krisenintervention besonders wichtig. Ergänzend fand ein Forum zum Ordnungsrecht statt, das Christian Gerle vom KVJS moderierte.

Zusammenfassend wurde herausgearbeitet, dass es neben der Schaffung von Wohnraum vor allem auf einen ganzheitlichen Ansatz ankommt. Dieser müsse die Beratung und Betreuung sowie die soziale und berufliche Integration wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen fördern. Zudem wurde deutlich, dass die Kommunen und Einrichtun-

gen vor der Herausforderung stehen, die begrenzten Ressourcen effizient einzusetzen, um den vielfältigen Bedürfnissen der unterschiedlichen Personengruppen gerecht zu werden.

Weitere Gruppen im Blick

Annette Holuscha-Uhlenbrock und Kristin Schwarz kündigten an, dass sich die AG der LAGÖFW in einem nächsten Schritt mit der Unterstützung für wohnungslose Menschen mit Suchterkrankungen und Menschen mit psychischen Erkrankungen beschäftigen wird. In dem Kontext soll insbesondere die Schnittstelle zur medizinischen Versorgung von Menschen mit Suchterkrankungen und zum Bundesteilhabegesetz für Menschen mit psychischen Erkrankungen eine Rolle spielen. Darüber hinaus wurde bereits eine Vielzahl an Handlungsempfehlungen veröffentlicht, unter anderem zu den Themen Arbeit und Beschäftigung, Prävention sowie ordnungsrechtliche Unterbringung.

Julia Holzwarth

INFO

Den Fachtag am 1. Oktober 2024 veranstaltete die öffentliche und die freie Wohlfahrtspflege in gemeinsamer Kooperation sowie mit finanzieller Unterstützung des Sozialministeriums.

In der AG Wohnungsnotfallhilfe der LAGÖFW arbeiten unter Beteiligung des Sozialministeriums die kommunalen Landesverbände, die Liga der freien Wohlfahrtspflege und der KVJS, der auch den Vorsitz innehat, zusammen. Mehr Infos hier:

www.kvjs.de/soziales/wohnungsnotfallhilfe



#4

Aus der Reihe

Betreuungsrecht

Zwei Jahre reformiertes Betreuungsrecht

Fortschritte, Herausforderungen und Pläne für die Zukunft

Seit dem 1.1.2023 arbeiten die Akteure des Betreuungsrechts intensiv an der Umsetzung der Reform. Auch die überörtliche Betreuungsbehörde des KVJS ist maßgeblich involviert, unterstützt und berät die Betreuungsbehörden und Betreuungsvereine. Im letzten Teil unserer Themenreihe zieht Referatsleiter Rouven Wrtal eine Zwischenbilanz.

Herr Wrtal, wo sehen Sie die größten Fortschritte durch die Reform?

Die Stärkung des Selbstbestimmungsrechts und der Autonomie standen schon bei den vergangenen Reformen im Mittelpunkt. Jetzt aber ist die so genannte „Wohl-Schranke“ gefallen. Das bedeutet, dass sich ein Betreuer nicht mit Verweis auf das vermeintlich objektive Wohl des Betroffenen über dessen Wünsche hinwegsetzen darf, sondern diese umsetzen muss. Das ist ein großer Fortschritt.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Qualität der rechtlichen Betreuung: Erstmals werden verbindliche gesetzliche Anforderungen an die Eignung und Sachkunde von Berufsbetreuern gestellt. Über die Berufszulassung entscheiden die Betreuungsbehörden durch die sogenannte „Registrierung“.

Auch für ehrenamtliche Betreuer gibt es Änderungen. Sie sollen sich durch eine schriftliche Vereinbarung an einen Betreuungsverein binden. Gleichzeitig haben die Betreuungsvereine erstmals einen Rechtsanspruch auf die Förderung ihrer Querschnittsarbeit, also der Gewinnung und Begleitung von Ehrenamtlichen. Die finanziellen Mittel wurden in Baden-Württemberg mehr als verdoppelt.

Wo liegen aus Ihrer Sicht die Herausforderungen?

Die Reform des Betreuungsrechts erfordert vor allem ein Umdenken. Wie bereits erwähnt, haben Menschen das Recht, ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Betreuer sind verpflichtet, ihren Wünschen zu folgen. Die Interessen des Umfeldes, der Institutionen und Einrichtungen sind nicht maßgeblich. An der Verwirklichung dieses Rechtsanspruches arbeiten die Betreuungsbehörden, die Betreuungsvereine und die rechtlichen Betreuer täglich in ihrem Handeln, in Kooperationsgesprächen und Informationsveranstaltungen. Dabei sind die Schnittstellenarbeit, die Zusammenarbeit mit Leistungsträgern, Leistungserbringern und den Betreuungsgerichten sowie die Öffentlichkeitsarbeit wesentliche Erfolgsfaktoren.

Eine weitere Herausforderung stellt der Fachkräftemangel im Betreuungs-wesen dar. Die gestiegenen Anforderungen an die Registrierung als Berufsbetreuer verschärfen die Situation zusätzlich. Es wird immer schwieriger, Menschen für diese Aufgabe zu gewinnen. Der Bundesgesetzgeber hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Betreuervergütung vorgelegt, der Vereinfachungen vorsieht, aber leider keine nennenswerten Verbesserungen mit sich bringt.



Foto: © Fox – iurko2937 - stock.adobe.com (Generiert mit KI)

#4

Aus der Reihe

Betreuungsrecht

Rück- und Ausblick

Wie hat sich die Kommunikation der Akteure untereinander entwickelt?

Die Zusammenarbeit zwischen rechtlichem Betreuer und Betreutem hat einen hohen Stellenwert. Das Gesetz sieht nun auch ganz klar vor, dass die Sicht der Betreuten in die Berichte der Betreuer und Betreuungsbehörden einfließen muss, was sich positiv auf die Kommunikation untereinander auswirkt. Auch die Kommunikation zwischen ehrenamtlichen Betreuern und Betreuungsvereinen wurde durch die schriftliche Vereinbarung intensiviert. Ebenfalls ist die Zusammenarbeit vor Ort zwischen der Betreuungsbehörde, ihren Netzwerkpartnern und den registrierten Betreuern durch die gesetzlichen Änderungen gestärkt worden. Die Frage nach der Erforderlichkeit einer rechtlichen Betreuung beziehungsweise die vorrangigen betreuungsvermeidenden anderen Hilfen haben die Schnittstellen zwischen Betreuungsbehörde und den Sozialleistungsträgern in den Fokus gerückt.

Was hat die überörtliche Betreuungsbehörde bisher zur Umsetzung der Reform beigetragen?

Für die Qualifizierung von Berufsbetreuern haben wir als überörtliche Betreuungsbehörde drei Sachkundelehrgänge im Land anerkannt. Die Betreuungsbehörden holen bei Zweifeln an der Sachkunde von Berufsbetreuern unsere Stellungnahme ein. Außerdem haben wir in einer Expertengruppe aus den Landkreisen eine Arbeitshilfe für die Betreuungsbehörden entwickelt. Sie soll die Fachkräfte unterstützen, wenn sie als ultima ratio selbst Betreuungen übernehmen müssen. Diese hat in der Zwischenzeit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus Beachtung gefunden. Außerdem bieten wir ab sofort eine jährliche Fachtagung für die Sachgebietsleitungen an. Damit können wir ihre spezifischen Anliegen stärker in den Fokus rücken und den Austausch untereinander intensivieren.

Wir unterstützen auch die Betreuungsvereine. Auf einem Fachtag wurde zum Beispiel der Wunsch nach mehr Austausch zum Thema Vereinbarung geäußert. Wir haben das Anliegen direkt aufgegriffen, Workshops begleitet und gemeinsam Mustervereinbarungen entwickelt. Erwähnen möchte ich auch die Förderung der Betreuungsvereine, die in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium und Vertretern der Vereine an die gesetzlichen Neuerungen angepasst und deutlich erhöht wurde. Die Antragstellung beim KVJS wurde digitalisiert, die Abläufe schneller und effizienter gestaltet.

Mit unseren jährlich über 100 Fortbildungen und Veranstaltungen im Bereich der rechtlichen Betreuung gehören wir bundesweit zu den größten Fortbildungsanbietern. Wir greifen entsprechend der vielfältigen Aufgaben im Betreuungswesen unterschiedlichste Themen auf und reagieren auf Bedarfe der Praxis, zum Beispiel beim Fachtag Querschnitt 2024 zur „Kommunikation im Kontext Wunsch und Wille“.

Welche weiteren Impulse möchte die überörtliche Betreuungsbehörde setzen?

Im Rahmen der sogenannten „erweiterten Unterstützung“ wird in fünf Modellkreisen erprobt, inwieweit Betreuungen durch ein zeitlich befristetes Fallmanagement der Betreuungsbehörden vermieden werden können. Wir sind im Modellbeirat vertreten und setzen uns für eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation ein.

Darüber hinaus hat der KVJS als Vorsitzender in der Landesarbeitsgemeinschaft für Betreuungsangelegenheiten eine Umfrage zum Betreuermangel initiiert. Gemeinsam mit den Behörden, Vereinen und den Landesministerien wollen wir tragfähige Lösungen entwickeln.



Seit zwei Jahren Leiter der überörtlichen Betreuungsbehörde: Rouven Wrtal über Herausforderungen und Erfolge der Reformumsetzung. Foto: © Julia Holzwarth

Auch mit unserem wachsenden Fortbildungsangebot wollen wir neue Impulse setzen. Zukunftsthemen sind beispielsweise die kulturelle Vielfalt in der Betreuungsarbeit oder die Unterstützung durch künstliche Intelligenz. Auf Bundesebene setzt sich der KVJS für eine Erhöhung der Betreuervergütung ein. Dies steigert nicht nur die Attraktivität des Berufsbildes, sondern trägt auch zur Existenzsicherung der Betreuungsvereine und zur Vermeidung von Behördenbetreuungen bei.

Das Interview führte Julia Holzwarth

INFO

Weitere Informationen, Fortbildungsveranstaltungen sowie alle vier Teile unserer Sonderreihe „Betreuungsrecht“ zum Nachlesen finden Sie unter www.kvjs.de/soziales/service-betreuungsrecht



EAA: Positive erste Bilanz

Fachberaterinnen und -berater trafen sich zum Austausch

2022 gingen sie offiziell an den Start: Die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber, kurz EAA. In Baden-Württemberg sind sie bei den Inklusions- und Integrationsfachdiensten angesiedelt, was zu nützlichen Nebeneffekten führt. Zeit für eine erste Bilanz.

Als man sich beim Sitzmöbelhersteller Klöber in Owingen entschied, Menschen mit Handicap einzustellen, habe er keine Ahnung gehabt, an wen er sich hierzu wenden sollte, gibt Geschäftsführer Thomas Möller unumwunden zu. Zum Glück konnte im Carina Duelli weiterhelfen. Sie ist eine der neuen Fachberaterinnen der Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA).

Knapp 20 neue Stellen wurden dazu bei den Inklusions- und Integrationsfachdiensten in Baden-Württemberg eingerichtet. Carina Duelli konnte

Klöber umfassend beraten und erfolgreich einen passenden Mitarbeiter vermitteln. Möller und Duelli stellten ihre Geschichte beim ersten EAA-Fachtag im KVJS-Tagungszentrum Gültstein vor (siehe auch Kasten rechte Seite).

Mehr als 1200 Erstkontakte

Claudia Dohr und Guido Kleb vom Inklusions- und Integrationsamt zeigten sich zufrieden mit der Bilanz der EAA im Jahr 2023, die unter anderem 63 neue Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderungen ausweisen konnte.



Geschäftsführer Thomas Möller und EAA-Fachberaterin Carina Duelli berichten von ihrer erfolgreichen Zusammenarbeit.

Großes Interesse am EAA-Fachtag. Fotos: © Monika Kleusch

Beratungen und Aktivitäten EAA 01.01.-31.12.2023



Arbeitgeberberatungen **3681**

Daraus entstanden:
63 Arbeitsverhältnisse
9 Ausbildungsverhältnisse
161 Arbeitssituationen gesichert
 Übergang EAA in
 IFD Betreuung
 mit Klient **216**

davon **1236** Erstkontakte
durch:

Arbeitgeber **1099**
 Fachberatung EAA **92**
 Dritte **45**

Die Entwicklung der EAA 2023. Quelle: Erhebung KVJS Inklusions- und Integrationsamt

Im Jahr 2023 ging auch der Ausbau der Netzwerke zur beruflichen Teilhabe und Optimierung der Koordination weiter voran. Rehabilitationsträger und KVJS-Inklusions- und Integrationsamt verfügen zwar über eine ganze Palette von wirksamen Unterstützungsmöglichkeiten zur beruflichen Teilhabe, aber ein Grundproblem ist, dass diese immer noch zu wenig bekannt sind – vor allem bei kleineren Arbeitgebern.

Um das zu ändern, wurde beim Bildungswerk der Wirtschaft die Kontakt- und Koordinierungsstelle Inklusion in der Wirtschaft – oder kurz KoKo – eingerichtet. Bisher hat die KoKo an zahlreichen Veranstaltungen und Netzwerktreffen von Arbeitgeberverbänden, Kammern von Handel und Gewerbe und Innungen teilgenommen, um deren Mitglieder für das Thema inklusive Beschäftigung zu sensibilisieren und die jeweilige EAA vorzustellen. Denn im Zuge des immer weiter zunehmenden Arbeitskräftemangels gewinnen Menschen mit Behinderungen als Mitarbeiter zunehmend an Attraktivität.

Monika Kleusch

Info: Die EAA

Alle Informationen zu Behinderung und Arbeit gebündelt bei einem Ansprechpartner: Das bekommen die Arbeitgeber bei den Einheitlichen Ansprechstellen. Sie informieren proaktiv oder auf Anfrage über Ausbildung, Einstellung, Berufsbegleitung und Beschäftigungssicherung von schwerbehinderten Menschen samt den verschiedenen Fördermöglichkeiten.

Ausführliche Informationen über die EAA finden Sie hier:

www.bih.de/integrationsaemter/aufgaben-und-leistungen/einheitliche-ansprechstellen/



Film: EAA bei Sitzmöbelhersteller Klöber

Wie die Firma Klöber dank des EAA zu einem Mitarbeiter mit Handicap kam, erzählt ein kleiner Film (4'27''), den Sie hier finden:

www.ifd-bw.de/berufliche-orientierung/fa-kloeber/



Der Job-Coach im Handy

Die InA.Coach-App bietet Schritt-für-Schritt Anleitungen

Die neue App ist eine digitale Aufgaben-Assistenz für den Arbeitsalltag. Sie zerlegt komplexe, für den Beruf typische Aufgaben in kleine, überschaubare Einheiten und erinnert an wichtige Arbeitsschritte. Förderung kommt unter anderem vom KVJS.



Gero Nicklas von BOS Connect stellt die App vor.

„Wie ging das nochmal?“ Wer hat nicht schon mal einen Arbeitsschritt vergessen, besonders, wenn die Aufgabe neu ist. „Gerade bei Menschen mit wesentlicher Behinderung besteht ein erhöhter Einarbeitungsbedarf“, weiß Christian Hartmann, Leiter des Referats Teilhabe am Arbeitsleben beim Inklusions- und Integrationsamt des KVJS. Unterstützung bietet jetzt die InA.Coach App, die auf dem Fachtag für Beraterinnen und Berater der Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) vorgestellt wurde.

„Aufgaben anlegen, einfache, überschaubare und individuelle Schritte erstellen, um die Aufgaben zu erledigen, beschrieb Gero Nicklas, Geschäftsführer des App-Entwicklers BOS Connect GmbH auf

dem EAA-Fachtag eine Eigenschaft der App. Die Nutzerinnen und Nutzer haben übrigens auch die Möglichkeit, sich die Arbeitsanleitungen vorlesen zu lassen – und das in einer Vielzahl von Sprachen, die man herunterladen kann.

Mehr als nur Checkliste

Doch die App bietet mehr als eine einfache Checkliste für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Job-Coaches und Vorgesetzte können gemeinsam mit dem behinderten Menschen festlegen, worauf es bei der Erledigung einer Aufgabe ankommt. „Man kann Aufgaben miteinander teilen, gemeinsam arbeiten, Kopien machen und tägliche To-Do-Listen führen“, so Gero Nicklas von der Entwicklerfirma.

Anleiter können nicht nur Checklisten zu Arbeitsabläufen erstellen, sondern mit passenden Fotos und Videos auch ansprechend und motivierend gestalten. Mit der zugehörigen Browseranwendung InA.Studio steht eine Anwendung für PC und Laptop zur Verfügung. Die in InA.Studio erstellten Aufgaben lassen sich dann mit einem Klick in die App exportieren.

Praxistest

Die EAA-Fachkräfte konnten auf dem KVJS-Fachtag gleich den Praxistest machen. BOS-Connect hatte eine kleine Werkstation zum Bedrucken von Geschirrtüchern und Stofftaschen aufgebaut. Mit der Schritt-für-Schritt Anleitung, gut ablesbar von einem Tablet, konnten auch Ungeübte erfolgreich ihr Werkstück bedrucken.

Kräftig pressen zum bedrucken. Fotos: © Monika Kleusch



Entstanden ist die App im Rahmen des Forschungsprojekts miTAS (multimediales individuelles Trainings- und Assistenzsystem) in Zusammenarbeit von Institutionen aus Forschung, Ausbildung und Integration von Menschen mit Behinderung.

Das Inklusions- und Integrationsamt des KVJS ist einer der Förderer des Projekts. Referatsleiter Hartmann dazu: Die Nutzung der App spricht gerade jüngere, technikbegeisterte Menschen an. Für Klienten mit hohem Unterstützungsbedarf bedeutet sie mehr Autonomie, weil sie sich bei Fragen nicht immer an Job-Coach oder Vorgesetzte wenden müssen, sondern eigenständig den Arbeitsprozess verfolgen können. Das bedeutet nicht zuletzt auch eine Entlastung für Vorgesetzte und Job-Coach.“

Monika Kleusch

Mehr Infos und die App zum Herunterladen:

Die Anwendung ist in den bekannten AppStores für iOS- und Android-Geräte verfügbar. Um die App in der Vollversion nutzen zu können, ist eine Registrierung auf der Website InA.Coach erforderlich.

InA.Coach – Die digitale Aufgaben-Assistenz

https://app.ina.coach/user_registration/

Die Nutzung der App ist dank der Förderung der Inklusions- und Integrationsämter bis 31.12.2025 kostenfrei.





Das Netzwerk hat derzeit insgesamt 30 Mitglieder.

„Hoher Bedarf an Information und Austausch“

Zur Nachahmung empfohlen: Das SBV-Netzwerk im Landkreis Lörrach

Er ist einer der Initiatoren des Netzwerks: Gabriel Szytar, Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen des Klinikums Lörrach. 2010 vernetzten sich dort Vertrauenspersonen aus vielen Unternehmen und Behörden. Dazu ein Gespräch mit dem Mitgründer.

Herr Szytar, 2016 haben Sie das Netzwerk der Schwerbehindertenvertretungen, der SBV, mitgegründet, da waren Sie schon sechs Jahre Vertrauensperson. Was gab für Sie den Anstoß, sich zu vernetzen?

Wir haben gemerkt, dass ein hoher Bedarf an Information und Austausch da ist. Bei unserem Netzwerk machen SBV-Vertretungen aus vielen Bereichen mit, aus Unternehmen verschiedener Branchen, der öffentlichen Verwaltung und Behörden wie der Polizei, dem Job-Center, der Agentur für Arbeit, dem Landratsamt oder dem Finanzamt und natürlich dem Integrationsamt (Jetzt: Inklusions- und Integrationsamt. Anm. d. Red.) nebst Fachdienst (IFD) Derzeit haben wir 30 Mitglieder, hauptsächlich aus dem Landkreis Lörrach, aber auch aus Freiburg und Waldshut.

Wie haben Sie Ihre Mitglieder gewonnen?

Ich habe mich mit der Netzwerkidee teilweise persönlich bei den Behörden und den Unternehmen vorgestellt oder sie via E-Mail angeschrieben. Überall habe ich offene Türen und wohlwollende Unterstützung vorgefunden. Gerade auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern ist vorbildlich und dadurch zeitsparend. So bekommt man auch ein Gesicht zum Telefonat.

Wie oft treffen Sie sich?

Viermal im Jahr, immer woanders. So lernt man auch andere Unternehmen kennen. Man kommt so auch mal aus dem täglichen Hometrainer raus und kann Erfahrungen austauschen

und Probleme besprechen. Das macht allen unheimlich Spaß, wir sind eine ganz lockere Runde, ja, schon so wie eine kleine Familie zusammengewachsen.

Was sind die wichtigsten Themen, wenn sie sich austauschen?

Oft geht es um Anträge: Den Erstantrag auf Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft, Folgeanträge, Widersprüche, Gleichstellungsanträge. Fast jeder Fall ist anders gelagert. Da gibt es einigen Beratungsbedarf für die Betroffenen. Und ich weiß, dass im Landratsamt Lörrach im Monat hunderte einschlägige Anträge eintreffen. Da braucht man als Antragsteller auch Geduld und Verständnis für die Mitarbeiter, welche die Flut der Anträge bewältigen müssen.

Am Ende unserer Treffen gibt es immer ein Brainstorming zu einigen Fragen, die ich vorbereite. Manchmal habe ich auch lustige Fallen eingebaut, die zum Nachdenken und fit werden anregen sollen. Die kläre ich dann auf und gebe den Hinweis, wo man die Lösung nachlesen kann. So macht es auch für alle Spaß und ist nicht nur trockene Theorie. Bei der Rechtsprechung immer auf dem Laufenden zu sein, ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit als Schwerbehindertenvertreter.

Sie sind schon 14 Jahre Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen. Gibt es etwas, dass Sie als Meilenstein für Ihre Arbeit bezeichnen würden?

Mit dem AGG, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz seit 2006, hat sich einiges getan. Auch auf der Arbeitgeberseite, die häufig skeptisch ist, was die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und die Arbeit der SBV angeht. Beim Klinikum hieß es auch früher: „Wir brauchen keine Schwerbehindertenvertretung, das machen wir selber.“

Aber das ist lange her. Es hat viele Monate gebraucht, bis ich die Akzeptanz und die Wahrnehmung der SBV im Betrieb erreichen konnte.

Vor zwei Jahren hatte ich ein Schlüsselerlebnis auf unserem Herbstfest. Da hat sich der Geschäftsführer persönlich bei mir für meine erfolgreiche Arbeit der SBV bedankt. Der gute Umgang mit Fachkräften, ob mit Behinderung oder ohne, zahlt sich für Arbeitgeber eben aus, auch finanziell. So konnte ich dem Unternehmen bereits über 100.000 Euro einsparen durch Lohnkostenzuschüsse und technische Hilfsmittel des Integrationsamts für schwerbehinderte Mitarbeiter.

Das Interview führte Monika Kleusch



Gabriel Szytar ist seit 2018 auch Vorsitzender des SBV-Netzwerks Lörrach. Fotos: © Gabriel Szytar

Erfolgreich vor Ort vernetzen

Wer sich als Vertrauensperson schwerbehinderter Menschen für die Gründung eines Netzwerks von Schwerbehindertenvertretungen in seiner eigenen Region interessiert, dem gibt Gabriel Szytar gerne Tipps.

Kontakt:

Tel: 07621 416 8780

szytar.gabriel@klinloe.de



Foto: © stockpics - stock.adobe.com

KiTa: Zwischenbilanz zum Erprobungsparagrafen

Auf Grundlage des Erprobungsparagrafen können in Baden-Württemberg seit nunmehr etwa einem Jahr Kindertageseinrichtungen von Vorgaben des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG) und der Kindertagesstättenverordnung (KiTaVO) abweichen. Ziel ist es, durch die gewonnenen Gestaltungsspielräume auf die Bedarfe vor Ort reagieren zu können. Oberste Maxime dabei ist und bleibt die Wahrung des Kindeswohls. Die Anträge im Rahmen des Erprobungsparagrafen werden beim KVJS gestellt. „Seit Inkrafttreten haben uns rund 150 Anträge erreicht“, bilanziert KVJS-Referatsleiterin Kristin Hermann. Größten-

teils betrafen die Abweichungen die Qualifikation, nachfolgend Mindestpersonalschlüssel, Angebotsform und Gruppenstärke. „Insgesamt sehen wir“, so Hermann, „dass die Träger mit viel Bedacht agieren. Gleichzeitig besteht nach wie vor Informationsbedarf, da uns mitunter Fragen zu Abweichungen erreichen, die auch ohne Erprobungsparagraf bereits realisiert werden können.“ Aus diesem Grund wird der KVJS seinen Wissenstransfer zum Thema auch im Jahr 2025 fortsetzen und plant Veranstaltungen für KiTa-Leitungen, KiTa-Beauftragte, Träger sowie Trägervertretungen.

Ulrike von Siegroth

Erfolgreiches Teamwork: Jugendhilfe und Polizei

Zum mittlerweile 29. Mal fand kürzlich die gemeinsame Fachtagung von Jugendhilfe und Polizei statt. Hierfür begrüßten der KVJS und das Landeskriminalamt Baden-Württemberg die zahlreichen Teilnehmer an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen. Die Kooperationsveranstaltung bringt Akteurinnen und Akteure der Polizei und Jugendhilfe miteinander ins Gespräch. Der kollegiale Dialog fördert dabei das gegenseitige Verständnis zu den jeweiligen Arbeitsfeldern. Anhand von Vorträgen und

Praxisbeispielen wurden schließlich diverse Themen in den Blick genommen. Dazu zählte etwa der Umgang mit systemherausfordernden jungen Menschen. Darüber hinaus beleuchtete die Tagung das Konzept Erziehungshilfe statt Untersuchungshaft.

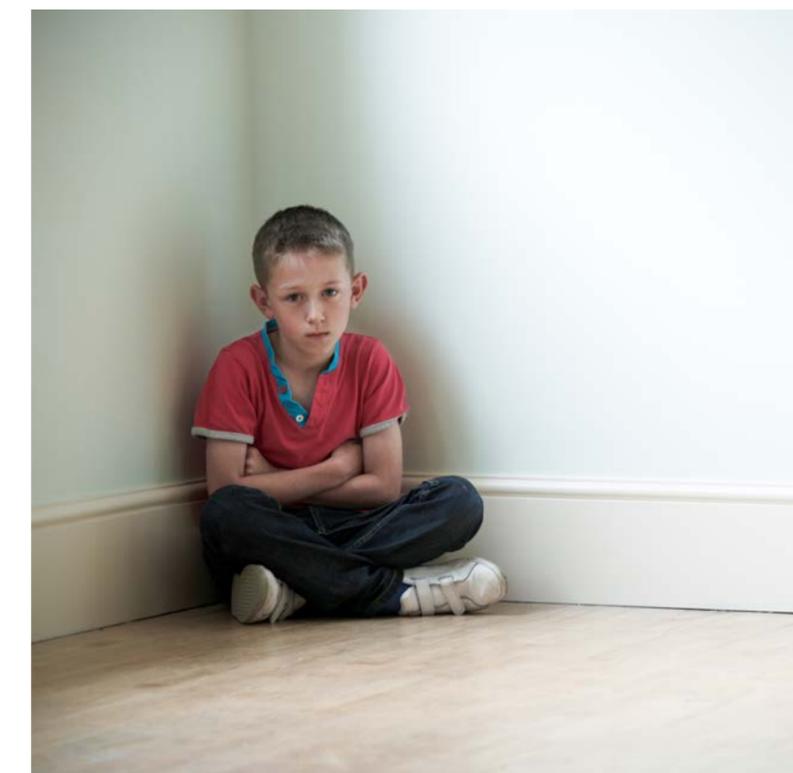
Die nächste Jahrestagung Jugendhilfe und Polizei findet vom 24. bis 25. September 2025 erneut an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen statt.

Ulrike von Siegroth

Kindeswohl: KVJS-Expertise gefragt

Im Zuge der Einführung des § 73c SGB V durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) ist eine Kooperationsvereinbarung zwischen den kassenärztlichen Vereinigungen (KV) und den kommunalen Spitzenverbänden auf Landesebene geschlossen worden. Diese Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit von Vertragsärzten mit den Jugendämtern, um die ärztliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, bei denen Ärzte eine Kindeswohlgefährdung vermuten.

Bei der Abstimmung dieser Vereinbarung hat der KVJS beratend mitgewirkt und seine Jugendhilfe-Expertise eingebracht. Konkret geht es im Kern darum, den Verfahrensablauf im Sinne des § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) sicherzustellen, wenn im Rahmen von Früherkennungsuntersuchungen, ärztlicher Behandlung oder bei der ärztlichen Behandlung von Familienangehörigen Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung festgestellt werden. Der Hinweis auf die Beratungsmöglichkeit durch



Kinder nicht allein lassen. Foto: © highwaystarz - stock.adobe.com

entsprechende Fachkräfte und die Rückmeldung durch das Jugendamt sind ebenfalls Teil der Vereinbarung.

Ulrike von Siegroth

Kindertagespflegepersonen dringend gesucht

Jahrestagung erörtert Mittel und Wege der Fachkräftegewinnung

Dass Betreuungskräfte in der Kindertagespflege knapp sind, ist nicht neu. Neu hingegen können Wege sein, über die zukünftiges Personal gewonnen werden kann. Dazu zählt unter anderem eine geschickt konzipierte Öffentlichkeitsarbeit – wie die jüngste Jahrestagung Kindertagespflege zeigte.

„Die Zahl der aktiven Kindertagespflegepersonen wird auch in den kommenden Jahren weiter abnehmen, sofern Maßnahmen zur Akquise ausbleiben oder nicht erfolgreich sind“, richtete Dezernent Gerald Häcker gleich zu Beginn seine eindringliche Botschaft an die Teilnehmer der Jahrestagung Kindertagespflege. Damit verwies der Leiter des KVJS-Landesjugendamts in seiner Begrüßung auf Daten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg, wonach gut ein Drittel der aktiven Kindertagespflegepersonen, ganz konkret 1.953 von insgesamt 5.921, 55 Jahre und älter sind (Stand 2023). Und damit war zugleich der Schwerpunkt der Veranstaltung gesetzt: Wie lässt sich innerhalb der jungen Generation zukünftig Personal gewinnen? Eine mögliche Antwort: Mit gelungener Nutzung unterschiedlicher Kommunikationskanäle und einer überzeugenden Darstellung des Aufgabenfeldes. „Sichtbar werden oder: Was Ostereier mit Öffentlichkeitsarbeit zu tun haben“, lautete dann auch der Titel des Vortrages von Bildungsjournalistin Inge Michels.



In den Räumlichkeiten des KVJS begrüßte Dezernent Gerald Häcker den Teilnehmerkreis bei der Jahrestagung Kindertagespflege. Foto: © Kristin Hermann

Tipp für den Kalender

Für die nächste Jahrestagung Kindertagespflege gibt es bereits jetzt einen Termin: Sie findet am 9. Oktober 2025 beim KVJS in Stuttgart statt und informiert über aktuelle Entwicklungen und Themen des Arbeitsfeldes.



www.kvjs.de/fortbildung

Workshops mit Praxis-Bezug

Neben der Vermittlung von Fachinformationen standen Workshops auf der Agenda, um relevante Impulse für die Umsetzung zu setzen und den kollegialen Austausch untereinander zu ermöglichen. Dieser erfolgte zu unterschiedlichen Themen, darunter: „Akquise in der Kindertagespflege“ – mit gelungenen Beispielen aus der Praxis.

Ulrike von Siegroth

Für den Ernstfall gewappnet

Jugendamt des Rems-Murr-Kreises erprobt Krisenplan

Rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes warteten an einem Freitag, den 13. gespannt auf das, was sie in den nächsten Stunden erwarten sollte. Das Datum sollte sich dabei als kein schlechtes Omen erweisen.

Man stelle sich vor: Ein Verdachtsfall der Kindeswohlgefährdung steht im Raum, wird öffentlich, das Jugendamt und seine Mitarbeitenden sehen sich einer umfangreichen Berichterstattung durch die Presse ausgesetzt. Mit anderen Worten – Es ist ein Krisenfall eingetreten. Was also tun? Dass in einer Krise die Kommunikationsabläufe zwischen allen Ebenen eingespielt und reibungslos funktionieren müssen, wurde bereits in den ersten Minuten des Planspiels, einer Fortbildung des KVJS, deutlich.

Landrat Dr. Sigel begrüßte die Teilnehmenden im großen Sitzungssaal des Landratsamts. Sein Terminkalender sei für den Tag so gestaltet, dass er immer verfügbar sei, wenn es notwendig werden sollte.

Dabei gehört der Rems-Murr-Kreis zu jenen Kreisen, die das Fortbildungsangebot des Verbands bereits zum zweiten Mal in Anspruch nehmen. Wieso der Kreis hierauf Wert legt, erläuterte Stefanie Böhm, Dezernentin für Soziales, Jugend und Bildung, die bereits am ersten Durchlauf teilgenommen hatte. „Es ist mir wichtig, dass sich unsere Mitarbeitenden, die sich jeden Tag mit allen Kräften für den Schutz von Kindern und Jugendlichen einsetzen, gut auf alle Situationen vorbereitet fühlen und dafür braucht es klare Verantwortlichkeiten, Strukturen, Abläufe“, so die Dezernentin.

Um das vorbereitete Szenario durchspielen zu können, wurden die Teilnehmenden bereits im Vorfeld in Gruppen eingeteilt. Ohne Schonfrist gingen nach dem Startschuss die „Spielzüge“ im

Minutentakt bei der Spielleitung ein – kurze Informationen darüber, welche Gruppe welchen Schritt unternimmt. Dabei besonders gefordert: die Pressestelle des Landratsamtes als Teil des Krisenstabs.

Fit für die Praxis

Gerade für die Mitarbeitenden in den Pressestellen bietet das Krisenplanspiel Raum, um wertvolle Erfahrung zu sammeln. Der KVJS kooperiert hierzu mit erfahrenen und professionellen Journalisten, die während des Planspiels Presseanfragen stellen, Artikel verfassen und während der Abschlusspressekonferenz als Fragende auftreten. Für Isabelle Kübler, Pressesprecherin des Rems-Murr-Kreises, war das Planspiel aus mehreren Gründen eine gute Übung: „Sich auf Krisen unterschiedlichster Art vorzubereiten ist eine Daueraufgabe mit höchster Priorität auf der Agenda des Landratsamts. Szenarien müssen als Team mit den Verantwortlichen und Beteiligten durchgespielt, Abläufe trainiert werden. Risikomanagement ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe“, ordnete die Leiterin der Pressestelle den Tag für sich ein.

Die Pressekonferenz bildet stets den Abschluss des Planspiels – eine Aufgabe, die im Rems-Murr-Kreis mit Bravour gemeistert wurde.

In der anschließenden Abschlussrunde wurde den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, Fazit zu ziehen und Punkte zu identifizieren, die einer näheren Betrachtung bedürfen. Es war ein anstrengender, aber hoch spannender Tag mit großem Lerneffekt – darin war man sich einig.



KVJS-Planspiel im Rems-Murr-Kreis: Landrat Dr. Richard Sigel (stehend) und sein Team üben den Krisenfall, hier in der Situation einer Pressekonferenz. Foto: © Andreas Reuter

„Ein Krisenplanspiel ist selbst dann sinnvoll, wenn bereits Kommunikations- und Krisenpläne existieren, da es hilft, theoretische Konzepte in die Praxis umzusetzen“, resümiert der Leiter des Kreisjugendamtes Holger Gläss die Eindrücke des Erlebten. „Es ermöglicht, Schwachstellen in der Planung frühzeitig zu erkennen, Reaktionszeiten zu verbessern und die Zusammenarbeit unter realistischen Bedingungen zu trainieren. So werden Teams in der Lage sein, in einer echten Krise effizienter und koordinierter zu handeln“, so der Jugendamtsleiter.

Sima Arman-Beck / Ulrike von Siegroth

Krisenplanspiel: Unser Angebot auf einen Blick

Wenn ein Kind zu Schaden kommt, stellen sich unweigerlich die Fragen nach Schuld, Verantwortung oder möglichen Versäumnissen von Seiten des Jugendamtes oder der Kindertageseinrichtung. Schnell kann durch eine intensive Berichterstattung ein Krisenfall daraus werden, der die jeweilige Einrichtung beziehungsweise das jeweilige Amt und seine Mitarbeiter unvorhergesehen trifft. Dann gilt es, rasch und richtig zu reagieren. Professionelle Kommunikation in Form einer effizienten Pressearbeit ist dabei das A & O, genauso wie ein eingespielter Ablauf der erforderlichen Schritte. Hier setzt das Krisenplanspiel des KVJS an.

Es geht darum, den Ernstfall zu proben. Mitarbeiter in Jugendämtern, Kitas, behördlichen Pressestellen genauso wie Landräte, Oberbürgermeister oder Dezernenten können dabei die möglichen Abläufe in einer Krise einmal durchspielen. Die von Referent Andreas Reuter geleitete Veranstaltung geht vor Ort auf individuelle Gegebenheiten und Fragestellungen ein. Ziel des Planspiels ist es, die vorhandenen Abläufe und Maßnahmen zu überprüfen und eine wirksame Krisenkommunikation zu trainieren.

Bei Interesse erhalten Sie fachliche Auskünfte bei Andreas Reuter unter Tel. 0711 6375-212 oder per E-Mail: andreas.reuter@kvjs.de

KVJS-Fortbildung: Programm für 2025 steht

Als Fortbildungsträger ist der KVJS ein verlässlicher Partner. Das belegt die fortwährende Treue der vielen Teilnehmer, die unsere fundierten und abwechslungsreichen Veranstaltungen schätzen. Ein attraktives und reichhaltiges Fortbildungsangebot haben wir auch für das Jahr 2025 zusammengestellt, etwa in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe sowie Betreuungsrecht. Zudem haben wir wie gewohnt vielfältige Seminare, Fachtage und Workshops für Fachkräfte der Eingliederungshilfe und Sozialhilfe im Programm. Denn auch im

kommenden Jahr möchte der KVJS als Ihr Kompetenz- und Dienstleistungszentrum praxisrelevantes Wissen vermitteln und den fachlichen Dialog stärken. Immer im Blick dabei: ein ausgewogener Mix aus Online- und Präsenzveranstaltungen, um maßgeschneidert auf unterschiedliche Bedarfe eingehen zu können.

Die neuen Fortbildungsprogramme sind auf unserer Webseite zu finden: www.kvjs.de/fortbildung



Ulrike von Siegroth



Foto: © fotofabrika - stock.adobe.com

Neu erschienen

Alle Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie stehen auch im Internet unter www.kvjs.de/publikationen zum Download zur Verfügung.

Früher Bescheid wissen!



Sie wollen wissen, was sich im KVJS tut und möchten nicht auf das gedruckte KVJS Aktuell warten? Dann abonnieren Sie kostenlos die Online-Ausgabe! Sie erscheint bereits zwei Wochen vor der Druckausgabe im Internet. Bestellung bei Lisa-Marie.Weirich@kvjs.de

Fortbildung

KVJS-Fortbildungsprogramme 2025

Einige der Fortbildungsprogramme für das Jahr 2025 sind bereits veröffentlicht. Darunter die Bereiche Schwerbehindertenrecht, Eingliederungshilfe und Sozialhilfe, Kinder- und Jugendhilfe sowie Kindertagesbetreuung. Weitere Fortbildungsprogramme folgen in Kürze.

Online verfügbar

Digitalmagazin ZB:

Relevante Infos zu Behinderung und Beruf neu verpackt!

Anschauliche Filme, aktuelle Rechtsprechung, schnelles Teilen von Inhalten: Das bietet das neue Digitalmagazin ZB Behinderung & Beruf. In der zusätzlichen Regionalausgabe Baden-Württemberg erfahren Sie Neues aus „the Länd“!

Schwerbehindertenvertretungen, Interessenvertretungen und Inklusionsbeauftragte können sich mit dem Digitalmagazin auf dem Laufenden halten. Und das viermal im Jahr. Es hat die bekannte ZB in Papierform abgelöst. Einblick in das neue Konzept bietet ein kleines Video auf der Internetseite der BIH: www.bih.de/bih/

Oder gleich das Magazin kostenlos abonnieren unter www.bih.de/integrationsaemter/zb-magazin/digitales-abo/



KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de